

Apropos 64:

Wenn die Armen die Reichen finanzieren (müssen)

Werden wir richtig informiert? Diese an dieser Stelle schon häufig erörterte Frage spielte auch in den Diskussionen mit dem 17-jährigen Jüngling eine große Rolle, der mir buchstäblich vor die Füße gefallen ist (vgl. *Apropos 63*). Auch hier zeigte sich wieder, wie wichtig es ist, sich um die nötigen Informationen zu bemühen und sie denkend zu verarbeiten, um nicht in die Irre geführt zu werden. Der junge Mann zeigte mir einen Zeitungsartikel, der ihn sehr beunruhigte. Unter dem Titel «Die Welt ächzt unter historischem Schuldenberg» hieß es da: «Es sind die Schulden eines einzigen kleinen Landes, die Europa und die ganze Weltwirtschaft in Atem halten. Dabei machen die griechischen Verbindlichkeiten nicht einmal ein Prozent der weltweiten Staatsverschuldung aus. Die belaufen sich auf sagenhafte 52 Billionen Dollar. Die bange Frage lautet: Was passiert, wenn erst die großen Staaten zahlungsunfähig werden? Griechenland ist fast überall. Natürlich haben die Hellenen ganz besonders über ihre Verhältnisse gelebt. Aber die Staaten insgesamt sind in einem fast unvorstellbaren Ausmaß verschuldet. In diesem Jahr werden allein die Staatsschulden von 82 großen Volkswirtschaften der Welt zusammen mehr als 48 Billionen Dollar erreichen.» Dies geht aus Datenreihen des amerikanischen Wirtschaftsforschungsinstituts Global Insight hervor. «Im kommenden Jahr dürfte es noch einmal fast ein Zehntel mehr sein, nämlich 52 Billionen Dollar. Das ist eine 52 mit zwölf Nullen hinten dran – und entspricht nach gegenwärtigem Wechselkurs mehr als 41 Billionen Euro. Eine Summe, die nicht nur schier unvorstellbar groß ist – sondern von der auch niemand sagen kann, wie sie jemals auf geordnetem Wege auch nur halbwegs abgetragen werden kann.»¹

Weltweit höchster Schuldenstand in Friedenszeiten

Es kann wohl nicht verwundern, dass solche Aussichten den jungen Mann, der noch den größten Teil seines Lebens vor sich hat, nicht gerade fröhlich stimmen. Vor allem wenn man sie sich noch etwas konkreter vorstellt: «Das Vermögen der hundert reichsten Menschen der Welt zum Beispiel – dem amerikanischen Wirtschafts­magazin *Forbes* zufolge zusammengenommen aktuell rund 350 Milliarden Dollar – würde für kaum mehr als die fälligen Zinsen eines einzigen Jahres reichen, von Tilgung ganz zu schweigen. «Wir erleben eine bisher einmalige Situation. Nie zuvor war in Friedenszeiten der weltweite Schuldenstand so hoch wie heute», sagt ein renommierter deutscher Finanzwissenschaftler.

«Und der Trend ist ungebrochen. Die Neuverschuldung der 82 Staaten lag 2007 schon bei 247 Milliarden Dollar. In diesem Jahr wird sie auf einen Rekordwert von 3667 Milliarden Dollar klettern. Und selbst im Jahr 2014 dürfte den Experten von Global Insight zufolge ein Niveau erreicht werden, das mit 1737 Milliarden Dollar viel höher ist als zu Vorkrisenzeiten. Sorgen müssen sich vor allem die USA machen, auf die allein mehr als ein Drittel der Staatsverschuldung aller 82 Länder entfällt.» Innerhalb von nur fünf Jahren hat sich der Schuldenstand des amerikanischen Staates verdoppelt. «Aus fiskalpolitischer Sicht ist die Volkswirtschaft in einer Situation, als hätte sie gerade den Dritten Weltkrieg überstanden», meint ein Analyst der US-Investmentbank Morgan Stanley.

Und: «Die Uhr tickt. Mit jedem Jahr, das ungenutzt verstreicht, wird es schwieriger, aus der Schuldenfalle herauszukommen.» Zudem kommen auf die meisten Industrieländer in den nächsten Jahrzehnten wegen der demografischen Alterung ungeheure Lasten zu – weil sie dann die Rentenversprechen an die heutigen Arbeitnehmer einlösen müssen. Leichte Auswege gibt es für die meisten Länder kaum: «Sparen hilft, kann aber, wenn es übertrieben wird, das Wachstum weiter abwürgen und so sogar kontraproduktiv wirken.» Ein Staatsbankrott könnte einen Neuanfang unter Schmerzen ermöglichen – hat aber den Nachteil, «dass Investoren nachhaltig das Vertrauen in ein Land verlieren». Bleibt schließlich noch die Inflation. Wenn Zentralbanken eine rasche Geldentwertung zulassen, schrumpfen auch Schuldenberge zusammen. Das Risiko einer solchen Strategie ist allerdings riesig. «Doch die Versuchung wird groß sein. Und immer größer werden.»¹

Reiche sind «noch reicher geworden»

Am meisten zugesetzt hat dem jungen Mann die Aussicht, dass das Vermögen der hundert reichsten Menschen der Welt (immerhin rund 350 Milliarden Dollar, das sind etwa 290 Milliarden Euro – also für jeden Einzelnen durchschnittlich 2,9 Milliarden) bestenfalls nur dafür reichen würde, die fälligen Zinsen eines einzigen Jahres für den riesigen Schuldenberg zu decken. Diese Vorstellung erweckt ja den Eindruck, dass die Welt auf Jahrzehnte hinaus in Defiziten versinkt, so dass gerade für junge Leute kein Handlungsspielraum mehr ist.

Doch der Jüngling hat Glück. Zufälligerweise fast gleichzeitig hat das Beratungsunternehmen *The Boston*

Consulting Group (BCG) in München Zahlen veröffentlicht, die die ganze Geschichte in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen: «Reiche wieder reicher» und «Die Verluste der Wirtschaftskrise sind fast vergessen, weltweit steigen die Vermögen» heißt es da. Im Krisenjahr 2008 haben die Reichen und Superreichen zum Teil viel Geld verloren (vor allem auf dem Papier). Ein Jahr später haben sie die Verluste praktisch wieder wettgemacht. Wie die BCG-Studie zeigt, «sind die Vermögenswerte von Privathaushalten im vergangenen Jahr weltweit um 11,5 Prozent auf 111,5 Billionen Dollar gestiegen. Das entspricht ungefähr dem Vorkrisenniveau. Erfasst wurden Anlagen in Bargeld, Aktien, Wertpapieren oder Fonds.»² Alleine diese Vermögen sind mehr als doppelt so hoch wie die weltweite Staatsverschuldung... Ja: «In der Wirtschaftskrise sind Wohlhabende noch reicher geworden.»³ Nach dem Beinahe-Zusammenbruch des Weltfinanzsystems 2008 pumpten die Notenbanken (vor allem die Federal Reserve der USA und die Europäische Zentralbank) Billionen Dollar und Euro in die Wirtschaft. Das löste nach dem März 2009 einen Aktienboom aus. «In den Vereinigten Staaten hat der Anstieg der Vermögenswerte um 15 Prozent oder 4,6 Billionen Dollar seine Ursache fast ausschließlich in diesem Kurseffekt.»² Die Wirtschaftsdynamik in der Welt ist gegenwärtig «ungleichgewichtig»: «In Asien und der Pazifikregion – unter Ausschluss Japans – stieg das Gesamtvermögen relativ am stärksten: um 22 Prozent oder 3,1 Billionen Dollar.» Aber: «Die reichste Region der Welt bleibt, wie im vergangenen Jahr, Europa mit einem Gesamtvermögen von 37,1 Billionen Dollar, acht Prozent mehr als 2008.» Die Dynamik Asiens zeigte sich auch in der Zahl der Millionäre. «Die stieg in China um nicht weniger als 31 Prozent auf 670 000; in Singapur (plus 35 Prozent) und Malaysia (plus 33 Prozent) war der Anstieg sogar noch stärker. Singapur ist inzwischen das Land mit der höchsten «Millionärsdichte» der Welt»: 11,4 Prozent aller Haushalte verfügen dort über ein Vermögen in mindestens sechsstelliger Dollargröße.

Weltweit gibt es 11,2 Millionen Millionärshaushalte

«In Europa hält den Rekord die Schweiz mit 8,4 Prozent. Insgesamt gab es auf der Welt 11,2 Millionen Millionärshaushalte, die meisten unter ihnen, 4,7 Millionen, hatten in den Vereinigten Staaten ihren Wohnsitz. In Deutschland verfügen 430 000 Haushalte über ein Vermögen von mehr als einer Million Dollar.»

Die BCG-Studie beleuchtet zwar nicht unmittelbar das Verhältnis von Arm und Reich, sie «liefert aber Hinweise darauf, dass sich innerhalb der Gruppe jener, die überhaupt Vermögen bilden konnten, die Gewichte zu-

gunsten der sehr Reichen verschoben haben. So gehören weltweit 83 Prozent aller Haushalte in die Kategorie der «Nicht-Reichen», die weniger als 100 000 Dollar zur Verfügung haben. Ihr Anteil am Gesamtvermögen der Welt sank von 14 auf 13 Prozent.» Dagegen konnte «die Gruppe der «Etablierten Reichen» mit einem Vermögen von mehr als fünf Millionen Dollar (weltweit 0,1 Prozent der Haushalte) ihren Anteil am Gesamtvermögen von 19 auf 21 Prozent erhöhen. Insgesamt ist der Anteil der «Etablierten Reichen» an den Gesamtvermögen im Nahen Osten am höchsten (33 Prozent) und in Japan am niedrigsten (acht Prozent). In den USA liegt er bei 29 Prozent, in Europa bei 14 Prozent, was für eine etwas gleichmäßigere Vermögensverteilung spricht.»

Viele Reiche bringen ihr Geld weiter in Länder, «in denen sie sich vor den Behörden ihrer Heimatstaaten geschützt glauben»: Insgesamt weist die BCG-Studie 7,4 Billionen Dollar in die Kategorie der «Offshore-Vermögen», die «dort geparkt werden, wo der Eigentümer keinen gesetzlichen oder steuerlichen Wohnsitz hat. Über ein Viertel dieser Vermögen liegt in der Schweiz.» So gesehen wird der politische Druck aus den USA und aus Europa beispielsweise auf die Schweiz nachvollziehbar.

Mehr für die Gutbetuchten, weniger für die Armen

«Unser» junger Mann staunte nicht schlecht, als er die Zusammenhänge zu realisieren begann. Wegen eines fragwürdigen, ja teilweise kriminellen Geschäftsgebarens kommen weltweit Banken so in Schieflage, dass die Staaten mit Riesensummen einspringen müssen, damit die Wirtschaft nicht völlig zusammenkracht. Einige Länder kommen trotzdem in Schwierigkeiten – in Europa z.B. Griechenland und andere. Das bringt den Euro so ins Trudeln, dass die Staaten nochmals ein riesiges «Rettungspaket» finanzieren müssen. Nun wird der Schuldenturm der Staaten so groß, dass massives Sparen angesagt ist. Damit die Schulden verzinst und amortisiert werden können, muss auf viel Nötiges und Wünschenswertes sonst verzichtet werden. Sozial wirkt sich das so aus, dass auf Kosten der Armen zugunsten der Reichen gespart wird – wie etwa in Dänemark. Die präsentierten Zahlen zeigen ja, dass weltweit die Reichen während der Krise für einige Monate zwar Geld verloren haben, das aber binnen Jahresfrist wieder mehr als wettmachen konnten. Aufschlussreich ist auch das Beispiel Griechenland, dem seinerzeit die US-Starbank Goldman Sachs gegen ein Entgelt von 300 Millionen Dollar aufgezeigt hat, wie man legal betrügen kann, um in die Eurozone aufgenommen zu werden. Der Milliardenturm der EU hilft nun aber weniger den Griechen (die meisten müssen den Gürtel enger schnallen), sondern vor al-

lem den französischen und deutschen Banken, die bei einem Bankrott des griechischen Staates enorme Summen hätten abschreiben müssen. Für die deutsche Regierung hat das zur Folge, dass sie endlich ihre Politik durchsetzen kann. Sie ist mit dem Versprechen angetreten, die Steuern zu senken – was in allererster Linie den Gutbetuchten zugute gekommen wäre. Das war aber in den letzten Monaten nicht möglich, weil die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung angesichts der Schuldenberge dagegen war. Bei dem jetzt noch größeren Schuldenberg leuchtet es aber – fast – jedem ein, dass nun massiv gespart werden muss. Nicht zuletzt beim Sozialbereich, der große Summen verschlingt – etwa beim Elterngeld oder bei den Langzeitarbeitslosen (die eh schon am wenigsten haben). Die «große Politik» hat dafür gesorgt, dass die Reichen wieder gleich viel (oder sogar mehr) zur Verfügung haben wie vor der Krise. Bei den Notleidenden wird es halt etwas weniger. Im Endeffekt heißt das: Weniger Steuern für die Gutbetuchten.

Griechen verstecken Milliarden in der Schweiz

Ähnliches geschieht in Griechenland: Die Aussicht auf situationsbedingt höhere Steuern hat bei den Reichen eine Kapitalflucht ausgelöst. Alleine in diesem Jahr dürften bis jetzt weit über zehn Milliarden Euro abgeflossen sein. «Das Geld fließt primär nach England, in die Schweiz und nach Zypern», sagt der Wirtschaftsredaktor der führenden griechischen Tageszeitung, *Ekathimerini*.⁴ Die reichsten Griechen sind verstorben: Yiannis «John» Latsis, Stavros Niarchos und Aristoteles Onassis. Sie hinterließen ihren Nachkommen gigantische Milliardenvermögen, die sie mit Tankern und Frachtern gemacht haben. Alle zog es an den gleichen Ort: in die Schweiz, wo sie vor allem eines mögen: das milde Steuerklima. Dazu gehört auch der Reederclan der Livanos. Kenner meinen: Griechische Reeder lassen ihre Schiffe meist nicht mehr unter ihrer Flagge fahren. Sie organisieren sich Billigflaggen, beispielsweise in Afrika. So zahlen sie in ihrer Heimat keine Abgaben. Und die Besatzungen stammen auch nicht mehr aus Hellas. Angeheuert werden Billigarbeiter. Es sind aber nicht nur die Reederclans, die ihr Geld ins Ausland schaffen. So verstecken Griechen bei Schweizer Banken laut einer Studie 24 Milliarden Franken (über 17 Milliarden Euro) vor dem griechischen Fiskus.

Wütende Proteste der Banker

Welche enormen Kräfte hinter der Problematik stecken, zeigt eine Episode beim deutschen Fernsehen. Das Zweite Deutsche Fernsehen zeigt immer am Donners-

tag eine politische Talkshow, die von Maybrit Illner moderiert wird. Kürzlich hatte sie während den ganzen 60 Minuten einen einzigen Gast: Dr. Josef Ackermann, Schweizer Oberst und Vorstandschef der Deutschen Bank, dem größten global engagierten Kreditinstitut Deutschlands, das im ersten Quartal 2010 einen Gewinn von 2 800 000 000 Euro verbuchte; er strebt eine Eigenkapitalrendite von 25% an und ist gleichzeitig Vorsitzender des internationalen Bankenbundes *Institute of International Finance*, der 350 Mitglieder in über 60 Ländern hat. Die Talkshow drehte sich um die plakative Frage: «Retten wir den Euro oder die Spekulanten, Herr Ackermann?» In Illners Sendung wurden immer wieder Features eingestreut zu einzelnen Themenbereichen. So auch eines über Alfred Herrhausen, dem früheren Vorstandschef (1985–89) der Deutschen Bank. Jahrelang schwelte damals eine globale Schuldenkrise. Mexiko und andere Südländer galten als hoffnungslos überschuldet, fällige Zinsen konnten nur noch mit immer neuen Krediten bedient werden. Herrhausen machte im September 1988 in Berlin einen revolutionären Vorschlag: einen teilweise Schuldenerlass für die betroffenen Länder, was zu wütenden Protesten seiner Bankkollegen vor allem aus dem angelsächsischen Raum führte. Bei einem früheren Treffen in Washington fürchtete er laut seiner Frau sogar einmal um sein Leben. Schon auf dem Weltbankenkongreß 1985 in Washington hatte er vor allem US-Banken zum Verzicht auf ihre Forderungen an die Dritte Welt aufgerufen, was den mit Rockefeller verhandelten Henry Kissinger offenbar zur Äußerung verführte: Der Kerl ist frech geworden, er müsste eins auf die Schnauze bekommen! Was am 30.11.1989 auch geschah, als Herrhausens Auto von einer Bombe zerrissen wurde. Sein Fall gilt offiziell bis heute als ungeklärt, obwohl man ihm schnell das «Terroristenetikett» anklebte, eine hypothetische dritte RAF-Generation habe zugeschlagen. Herrhausen war damals einer der bestgeschützten Menschen der Bundesrepublik...

Das RAF-Phantom und mächtige Finanzkreise

Zurück zur TV-Sendung: Maybrit Illner sprach nun Ackermann als Chef des Internationalen Bankenverbandes an, ob er im Fall Griechenland an all seine Kollegen nicht auch einfach eine solche Forderung zum Verzicht hätte stellen können – worauf der Bankchef spontan antwortete: «Ich glaube mir wäre es genauso gegangen wie Herrn Herrhausen».⁵ Der 17-Jährige neben mir staunte: Wieso wird ein Bankchef von Terroristen umgebracht, wenn er Bankerkollegen wütend gemacht hat? Genau diese Frage haben sich viele andere

auch schon gestellt, beispielsweise die drei Journalisten Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker. Sie sind ihr mit akribischen Recherchen und in Gesprächen mit Angehörigen von realen Opfern und vermeintlichen Tätern nachgegangen. In einem Buch zeigen sie, dass die «dritte Generation der RAF» nicht mehr ist als eine unbewiesene Behauptung der Sicherheitsbehörden – ein Phantom, klug inszeniert als Staatsfeind Nr. 1. Sie können belegen, dass sich das Geschehene mit den Interessen von mächtigen Finanzkreisen in Übersee deckt.⁶

«Das Unnatürlichste, was es geben kann»

Diese mächtigen Finanzkreise verbarrikadieren die positive Zukunft der Menschheit, wie Rudolf Steiner gezeigt hat: «Es gibt heute etwas höchst Unnatürliches in der sozialen Ordnung, das besteht darin, dass das Geld sich vermehrt, wenn man es bloß hat. Man legt es auf eine Bank und bekommt Zinsen. Das ist das Unnatürlichste, was es geben kann. Es ist eigentlich ein bloßer Unsinn. Man tut gar nichts; man legt sein Geld, das man vielleicht auch nicht erarbeitet, sondern ererbt hat, auf die Bank und bekommt Zinsen dafür. Das ist ein völliger Unsinn.»⁷

Arbeit und Einkommen trennen

Rudolf Steiner bezeichnet das Gebaren der Finanzkreise als «Missbrauch»: «Alles, was der Mensch so erwirbt, dass er es für *seine* Arbeit im sozialen Zusammenhange erhält, das wird zum Unheil. Heilsamkeit ergibt sich im sozialen Zusammenhange nur, wenn der Mensch nicht von seiner Arbeit, sondern aus anderen Quellen der Sozietät sein Leben zu fristen hat. (...) Das gerade wird die Arbeit wertvoll machen, dass sie nicht mehr entlohnt wird. Denn worauf hingearbeitet werden muss, (...) das ist: die Arbeit zu trennen von der Beschaffung der Existenzmittel. (...) Wenn jemand nicht mehr für seine Arbeit entlohnt wird, dann verliert das Geld als Machtmittel für die Arbeit seinen Wert. Es gibt kein anderes Mittel für jenen Missbrauch, der getrieben wird mit dem bloßen Gelde, als wenn überhaupt die soziale Struktur so geschaffen wird, dass niemand für seine Arbeit entlohnt werden kann, dass die Beschaffung der Existenzmittel von ganz anderer Seite her bewirkt wird. Dann können Sie natürlich nirgends erreichen, dass jemand durch das Geld in die Arbeit gezwungen werden kann.» Und weiter wird betont: «Geld darf in der Zukunft kein Äquivalent sein für menschliche Arbeitskraft, sondern nur für tote Ware. Nur tote Ware wird man in Zukunft bekommen für Geld, nicht menschliche Arbeitskraft. Das ist von ungeheurer Wichtigkeit.»

Geld muss seinen Wert verlieren

Steiner zeigt weiter, warum die erwähnten Finanzkreise der Menschheit schaden: «Die Notwendigkeit wird (...) eintreten, wenn die Existenzmittelbeschaffung getrennt wird von der Arbeit, dass Geld verwendet wird, wenn es da ist, wenn es erzeugt wird als Äquivalent der Waren, die da sind. Es muss verwendet werden, es muss zirkulieren. Denn die reale Wirkung wird eintreten, dass Geld sich nicht vermehrt, sondern dass es sich vermindert. Wenn heute einer eine bestimmte Summe Vermögen hat, so hat er in ungefähr vierzehn Jahren bei einer normalen Verzinsung fast das Doppelte, er hat nichts getan, hat nur gewartet.» Wenn nun die soziale Struktur so geändert wird, wie Rudolf Steiner angibt, «vermehrt sich das Geld nicht, sondern vermindert sich, und nach einer bestimmten Anzahl von Jahren hat der Geldschein, den ich eben vor diesen Jahren erworben habe, keinen Wert mehr; er ist entwertet, er hört auf, einen Wert zu haben. Dadurch wird die Bewegung eine natürliche in der sozialen Struktur, dass solche Verhältnisse eintreten, dass das bloße Geld, das ja nichts weiter ist als ein Schein, eine Anweisung, dass man eine gewisse Macht hat über die Arbeitskräfte der Menschen, nach einer bestimmten Zeit entwertet ist, wenn es nicht in die Zirkulation geführt wird. Also nicht vermehren wird es sich, sondern es wird sich progressiv vermindern und wird nach vierzehn Jahren oder vielleicht nach einer etwas längeren Zeit absolut gleich Null sein. Sie werden, wenn Sie heute Millionär sind, nach vierzehn Jahren nicht ein doppelter Millionär sein, sondern Sie werden ein armer Schlucker sein, wenn Sie in der Zeit nichts Neues erworben haben.» Humorvoll fügte Rudolf Steiner hinzu: «Wenn man das in der Gegenwart ausspricht, so wird das zuweilen noch so empfunden, als ob einen gewisse Tiere juckten, wenn ich den Vergleich gebrauchen darf.»

Besonders zu bedenken ist: Geld «ist nur ein Machtmittel. Dadurch, dass es Anweisung auf Arbeitskraft ist, ist es ein Machtmittel.»

Boris Bernstein

1 www.welt.de 22.5.2010.

2 Süddeutsche Zeitung, 11.6.2010.

3 DDP-Meldung vom 11.6.2010.

4 www.bilanz.ch 7.5.2010.

5 www.zdf.de 13.5.2010.

6 Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker: *Das RAF-Phantom. Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen*, München, erweiterte Neuauflage 1997.

7 Rudolf Steiner, GA 186, 30.11.1918.